

01. August 1914 – Beginn des Ersten Weltkrieges
01. August 1944 – Beginn des Warschauer Aufstandes
04. August 1931 - In der Zeitschrift "Die Weltbühne" erscheint Kurt Tucholskys berühmt gewordene Aussage „Soldaten sind Mörder“.

Linkes Blatt ^{DIE LINKE.}

14. Ausgabe / 24. Jahrgang

Für Halle

29. Juli 2014

LINKER LADEN



Aktive Mitglieder, breites Interesse und ein offenes Haus – zusammen mit Sekt und Selters nebst Tofu und Bratwurst kann daraus nur ein gelungener Abend werden. Die Eröffnung des neuen Ladenlokals der LINKEN im Stadtverband Halle feierte die Partei mit vielen Freunden und Gästen aus Vereinen, Verbänden, Politik und



Stadtverwaltung. Man ist mit dem neuen Standort Leitergasse nicht nur etwas

näher an die Innenstadt gerückt, gleichgesetzt: Zwei Drittel Ladenlokal, Drittel Büros. Getragen durch die und Landtag und ihre Mitarbeiter_innen, Stadt- und Jugendverband eröffnen sich nun, der Kommunikation und der Unmal leidenschaftlichen, mal geduldigen Mitarbeiter_innen in Haupt- und Ehrenamt, mit LINKER Politik nah an den Leuten und an der Stadt und Neugier und Wohlwollen von allen Seiten. Dies alles stimmte beim Auftakt.



zeitig wird ein neues Raumkonzept um Versammlungsraum und Lesecafe – ein halleschen Abgeordneten in Bundesdie Rosa-Luxemburg-Stiftung und den damit neue Möglichkeiten der Begegerstützung. Gelingen kann dies nur mit



LINKER LADEN
Leitergasse 4
06108 Halle (Saale)
Tel. 0345-2025590
Stadtverband Halle
www.dielinke-halle.de
Wahlkreisbüros:
Petra Sitte (MdB)
Swen Knöchel (MdL)
Henriette Quade (MdL)

Basisberatung

Beratung des Stadtvorstandes mit den Basisvertretern

am 06.08.2014, 18:00 Uhr

im Linken Laden in der Leitergasse 4.

Der Umzug ist geschafft, die Einweihung unseres „Linken Ladens“ ist ein Höhepunkt gewesen, die ersten Veranstaltungen haben stattgefunden. Zur Basisberatung wird Euch Swen Knöchel unter anderem die vom Stadtvorstand favorisierten, durch Martin Heinlein entworfenen Logos für unseren Linken Laden vorstellen. Gemeinsam mit Euch wollen wir dann zu einer Entscheidung kommen.

Erste Stadtratssitzung am 16. Juli 2014

Eine überschaubare Tagesordnung stand zur 1. Sitzung des Stadtrates zum Abstimmung.

Vor allem für unsere „neuen“ Stadträte war die Erwartung groß! Wichtige Tagesordnungspunkte waren die Besetzung der beschließenden und beratenden Ausschüsse und die Neubesetzung von Aufsichtsgremien.

Die Vorsitzenden der Fraktionen hatten sich bereits im Vorfeld der Stadtratssitzung verständigt, sodass es keine Diskussionen und Probleme bei den Abstimmungen gab. Noch nicht bestätigt wurde im Stadtrat ein neuer Ausschuss „Stadtentwicklung“! Es gab einen gemeinsamen Antrag aller Fraktionen zur Änderung der Hauptsatzung einschließlich der Zuständigkeitsordnung. Die Stadtverwaltung wird aufgefordert, bis zur Hauptausschusssitzung am 17.09.2014 eine Beschlussfassung vorzulegen, der den „Ausschuss für Stadtentwicklung“ als ständigen Ausschuss und einen „Ausschuss für Personalangelegenheiten“ in die Hauptsatzung aufnimmt. Die Abstimmung war einstimmig.

Die Mitglieder unserer Fraktion sind wie folgt in den Ausschüssen tätig:

Hauptausschuss Dr. Bodo Meerheim
Hendrik Lange
Elisabeth Nagel

Finanzausschuss Dr. Bodo Meerheim
Sven Knöchel
Manuela Plath

Vergabeausschuss Manuela Plath
Rudenz Schramm
Thomas Schied
(Die PARTEI)

Sozial-, Gesundheits- und Gleichstellungsausschuss Ute Haupt
Marcel Kieslich
Thomas Schied
(Die PARTEI)

als sachkundige Einwohner Jan Röttschke
Dr. Tarik Ali

(Vorsitzender des Ausländerbeirates der Stadt Halle (Saale))

Ausschuss für Wissenschafts- und Wirtschaftsförderung sowie Beschäftigung als sachkundige Einwohner

Elisabeth Nagel
René Trömel
Anja Krimmling-Schoeffler
Frank Rösler
Dirk Gernhardt

Bildungsausschuss

als sachkundige Einwohner (Schulleiter des Christian-Wolff-Gymnasiums)

Hendrik Lange
René Trömel
Josephine Jahn
Andreas Slowig
Bertolt Marquardt

Rechnungsprüfungsausschuss

als sachkundige Einwohner

Marion Krischok
Manuela Plath
Thomas Schied
(Die PARTEI)
Renate Krimmling
Hartmut Büchner

Kulturausschuss

als sachkundige Einwohner

Dr. Erwin Bartsch
Rudenz Schramm
Katja Müller
Sarah Heinemann
Martin Bochmann
(Die PARTEI)

Ausschuss für Planungsangelegenheiten

als sachkundige Einwohner

Sven Knöchel
Anja Krimmling-Schoeffler
Rudenz Schramm
Henning Lübbers
Alexander Keck

Ausschuss für Ordnung und Umweltangelegenheiten

als sachkundige Einwohner

Marcel Kieslich
Josephine Jahn
Marion Krischok
Frigga Schlüter-Gerboth
Hans-Jürgen Krause

Sportausschuss

Dr. Erwin Bartsch
Katja Müller
Ute Haupt

als sachkundige Einwohner Sten Meerheim
Rüdiger Ettingshausen

Ausschuss für Personal- Elisabeth Nagel
planung Swen Knöchel
(zurzeit noch zeitweilig) Marion Krischok

Jugendhilfeausschuss Ute Haupt
(ständiger Stellvertreter: Dr. Bodo Meerheim)
René Trömel
(ständige Stellvertreterin: Josephine Jahn)

Unsere Fraktion hat zurzeit 3 Vorsitzende von Ausschüssen:

Dr. Bodo Meerheim für den Finanzausschuss
Marion Krischok für den Rechnungsprüfungsausschuss
Ute Haupt für den Sozial-, Gesundheits- und
Gleichstellungsausschuss

Für den noch nicht bestätigten Ausschuss „Stadtentwicklung“ gibt es den Personalvorschlag
Anja Krimmling-Schoeffler.

Mehrheitlich angenommen wurde in der 1. Sitzung des Stadtrates ein Antrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM zur Einlegung von Rechtsmitteln gegen den Bescheid des Landesverwaltungsamtes vom 04.03.2014. Hintergrund für diesen Antrag, dem unsere Fraktion auch zugestimmt hat, ist die Klärung der strittigen Rechtsfrage, ob mit dem vom Stadtrat gefassten Beschluss tatsächlich in die Rechte des Oberbürgermeisters eingegriffen wurde und deshalb eine Beanstandung des Beschlusses durch das Landesverwaltungsamt geboten war.

Zugestimmt hat unsere Fraktion auch der Dringlichkeitsvorlage zur „Genehmigung einer außerplanmäßigen Auszahlung im Finanzhaushalt sowie einer außerplanmäßigen Aufwendung im Ergebnishaushalt für die Erarbeitung der Grundlagen für die Bedarfsabfrage des Ministeriums der Finanzen Sachsen-Anhalt für Schule/Turnhallen und Kitas in der 2. Tranche Stark III im Haushaltsjahr 2014“.

Ute Haupt,
Stadträtin

Petra Sitte: Enttäuschende Sommerbilanz der Kanzlerin

„Die Sommerbilanz der Bundeskanzlerin war innenpolitisch eine Enttäuschung. Sie stellt sich nicht wirklich den Herausforderungen für die Zukunft des Landes, sondern ergeht sich im Klein-Klein der Großen Koalition. Die zunehmende soziale Spaltung ist nicht nur kein Thema für sie, im Gegenteil, ihre Politik vertieft diese Spaltung“, erklärt die Erste Parlamentarische Geschäftsführerin der Fraktion DIE LINKE Petra Sitte zur Sommerpressekonferenz der Bundeskanzlerin. Sitte weiter:

„Die immer mehr drohende Gefahr der Altersarmut von Millionen wird von der Bundeskanzlerin schlichtweg ignoriert. Steuergerechtigkeit wird auf den St. Nimmerleinstag verschoben. Ganz konkret hat sie einem Abbau der kalten Progression eine klare Absage erteilt. Die Hauptsteuerlast muss also weiter die Mittelschicht tragen. Eine gerechte Umverteilung findet nicht statt. Ansonsten bleibt es bei Verbesserungen für wenige zu Lasten der Vielen.

Zweieinhalb Millionen Menschen bleiben vom Mindestlohn ausgenommen, der Mindestlohn ist zu niedrig, um im Alter eine auskömmliche Rente zu garantieren. Die Rente mit 63 gilt nur für zwei Jahrgänge, wie die Kanzlerin heute selbst zugab. Sie ist also ein kleines Trostpflaster auf die klaffende Wunde der Ungerechtigkeiten im Rentensystem. Auch zu den Lücken in der Pflegeversorgung, wo die große Koalition beispielsweise jüngst die Demenzzkranken einfach aus ihren Überlegungen ausschließt, sagte die Kanzlerin nichts.

Die angekündigten Reformen des eben erst reformierten Erneuerbare-Energien-Gesetzes wirken eher wie eine Drohung, wenn man sich die jüngsten Änderungen anschaut. Eine ökologische und soziale Energiewende, die von Konzernen, Mittelstand, Handwerk und den Bürgerinnen und Bürgern gemeinsam und fair getragen wird, wird so immer unwahrscheinlicher.

Und auch wenn die Kanzlerin viel von Verantwortungsübernahme des Bundes für Bildung und Forschung, von Innovationsgipfeln und Neugierde wecken sprach, die Unterfinanzierung im Bildungs- und Wissenschaftsbereich geht diese Regierung weiterhin nicht konsequent an. Schulen, in die es hineinregnet, und überfüllte Unihörsäle sind nicht das Umfeld, das junge Menschen optimal auf die Zukunft vorbereitet.“

Mitarbeit in Aufsichtsgremien durch Mitglieder der Fraktion DIE LINKE/Die PARTEI im Stadtrat Halle (Saale)

**Stiftung Hospital St. Cyriaci et Antonii
zu Halle (Saale) (SHCA)**

Christian Kirchert

**BeteiligungsManagementAnstalt Halle (Saale)
Anstalt öffentlichen Rechts (BMA)**

Swen Knöchel

**Eigenbetrieb Zentrales Gebäudemanagement
der Stadt Halle (Saale) (EB ZGM)**

Rudenz Schramm

Mauela Plath

**Eigenbetrieb für Arbeitsförderung der Stadt Halle
(Saale) (EFA)**

René Trömel

**Entwicklungs- und Verwaltungsgesellschaft Hal-
le-Saalkreis mbH (EVG)**

Elisabeth Nagel

EVH GmbH (EVH)

Swen Knöchel

Rudenz Schramm

Flugplatzgesellschaft mbH Halle/Oppin (FHO)

Marcel Kieslich

**GWG Gesellschaft für Wohn- und Gewerbe-
immobilien Halle-Neustadt mbH (GWG)**

Dr. Bodo Meerheim

Hallesche Verkehrs-AG (HAVAG)

Anja Krimmling-Schoeffler

Hallesche Wohnungsgesellschaft mbH (HWG)

Ute Haupt

Elisabeth Nagel

**Hallesche Wasser- und Stadtwirtschaft GmbH
(HWS)**

Manuela Plath

Hendrik Lange

**Eigenbetrieb Kindertagesstätten der Stadt
Halle (Saale) (EB Kita)**

Josephine Jahn

Thomas Schied

**Mitteldeutsches Multimediazentrum Halle
(Saale) (MMZ)**

Marion Krischok

**Paul-Riebeck-Stiftung zu Halle an der Saale
(PRS)**

Ute Haupt

Stadion Halle Betriebs GmbH (SHBG)

Rüdiger Ettingshausen

Stadtwerke Halle GmbH (SWH)

Dr. Bodo Meerheim

Elisabeth Nagel

Bäder Halle GmbH (BHG)

Elisabeth Nagel

**TGZ Halle Technologie- und Gründerzentrum
Halle GmbH (TGZ)**

Bertolt Marquardt

Theater, Oper und Orchester GmbH (TOOH)

Rudenz Schramm

Zoologischer Garten Halle GmbH (Zoo)

Katja Müller

Die Besetzung des Aufsichtsrates der Sparkasse er-
folgte noch nicht.

**Wir gratulieren allen Genossinnen
und Genossen, die in den Monaten
Juli und August Geburtstag haben.**



**PREISSKAT
in Halle
am Freitag, dem
29. August 2014**

Beginn: 14 Uhr Ende: gegen 18 Uhr

Begegnungsstätte der Volkssolidarität Saale-
ufer, Böllberger Weg 150, Anfahrt mit der Stra-
ßenbahn, Linien 1 und 6, sowie Buslinie 26,
Haltestellen sind Diesterwegstraße oder
Passendorfer Weg.

Der Einsatz beträgt 5,00 Euro. Jeder erhält
einen Preis.

Gespielt werden 2 Runden: 36 Spiele am Vierer-
tisch und 27 Spiele am Dreiertisch
und nach der Skatordnung des Deutschen Skat-
verbandes e.V.

Die Auslosung erfolgt gegen 14.10 Uhr.

Erstes Treffen von Ost-und West Linken in Halle

Parteitage der Partei DIE LINKE waren für mich oft mehr Belastung als Freude. Grund waren und sind Auseinandersetzungen, die weniger der Erarbeitung gemeinsamer politischer Strategien dienen, sondern zeitweise in persönliche Beleidigungen ausarten.

Der Feind wurde im eigenem Lager gesucht. Für mich, der aus tiefstem Herzen die Vereinigung der Linken aus Ost und West in einer gemeinsamen Partei DIE LINKE herbeiwünschte und damit in Übereinstimmung mit der überwältigenden Mehrheit der PDS-Mitglieder war, ein unerträglicher Zustand, der darüberhinaus von der Häme der konservativen Medien begleitet wurde, die immer wieder einen „LINKEN“ fanden, der deren Geschäft bediente.

Das veranlasste mich dazu, einen Weg zu finden, diese Erscheinungen des Auseinandertriffens, gar des Zerfalls der Partei DIE LINKE direkt mit Genossen einer Basisorganisation aus dem „Westen“ zu besprechen und unsere Standpunkte, Ideen und Vorstellungen auszutauschen. Dies geschah am 14.06.2014 in Halle mit großem Erfolg, in Herzlichkeit und gegenseitigem Respekt.

Der erste Teil unserer Gespräche fand in der noch nicht ganz fertig gestellten Geschäftsstelle unserer Partei statt. Der zweite Teil in den Fraktionsräumen der LINKEN im Stadthaus Halle.

Die 7 Genossinnen und Genossen aus der Region Hannover/Lehrte hatten unzählige Fragen zur Struktur, der Arbeitsweise und dem Zusammenwirken zwischen Stadtparteiorganisation und Fraktion der Partei DIE LINKE im Stadtparlament. Hier konnten wir über die gut abgestimmte Arbeit zwischen Stadtparteiorganisation und Fraktion informieren, ohne die Eigenverantwortung der Fraktion einzuschränken, was in ihren Stadtverbänden ein Mangel zu sein schien.

Ursachen erkannten sie darin, dass es nicht nur unterschiedliche Sozialisierung von Ost-und West Linken gibt, sondern das auch innerhalb der West-Linken differente Ansichten aus ihrer politischen Herkunft aus KPD, SPD und WASG erwachsen, was manchmal bis zu persönlichen Angriffen führt.

Die im Osten vergleichsweise ähnliche Sozialisierung der Genossen aus der PDS und der damit verbundene gute Grad der Organisiertheit und Disziplin wurde als

Vorteil für das politische Wirken der LINKEN im Osten gesehen.

Die Genossen aus der Region Hannover/Lehrte erkannten eine durchgehende politische und organisatorische Strategie, beginnend im Landesverband über die Stadtparteiorganisation resp. Fraktion bis in die Ortsverbände und Basisorganisationen, die eine wichtige Grundlage für die positiven Wahlergebnisse in Halle sind. Diese Einheit in der Strategie, gepaart mit der erforderlichen Parteidisziplin, vermissen sie in ihrer Landes- und Stadtorganisation.

Die Genossen Swen Knöchel, Dr. Bodo Meerheim, Ute Haupt, Fritz Werner, Hubert Schmidt und Frank Hädicke ließen keine Fragen unbeantwortet. Wobei sich ein beträchtlicher Schatz an politischen und organisatorischen Erfahrungen, besonders von Swen Knöchel, Ute Haupt und Bodo Meerheim offenbarte, was bei unseren Gästen einen sehr angenehmen Eindruck hinterließ, wie man mir beim Abschied versicherte. Kein Eindruck von „Klugscheißerei“, wie einige ihrer Daheimgebliebenen unkten.

Bei der Verabschiedung erhielten wir eine Einladung zum Besuch in Hannover und Lehrte. Ich trage die Idee in mir, dass möglicherweise in Vorbereitung einer wichtigen Wahl, wir „vor Ort“ die Parteiarbeit mit unseren Erfahrungen in der Organisation solcher Ereignisse unterstützen, damit die LINKE in dieser Region den leider verlorenen Boden wieder gewinnt.

Fritz Werner

OV Halle-Nord

6. September 2014 Parkfest Pestalozzipark

Auch die LINKE Halle (Saale) wird sich in guter Tradition mit einem Stand auf dem diesjährigen Parkfest im Pestalozzipark präsentieren. Die Genossinnen und Genossen, die die Standbetreuung übernommen haben, freuen sich über weitere Unterstützung, auch stundenweise. Meldungen dazu bitte an die Geschäftsstelle und/oder am 06.09.2014 einfach vor Ort sein.

„ratschlag queer“ der LINKEN Halle zur CSD-Woche 2014

**„Queer und (Anti-)Kapitalismus“
von Heinz-Jürgen Voß (Hannover), Salih Alexander Wolter (Berlin)**

**Buchvorstellung und Diskussion
Donnerstag, 11. September 2014, ab 18:30 Uhr
bbz lebensart (Beesenser Straße 6)**

Die ‚Erfolgsgeschichte‘ der bürgerlichen Homo-Emanzipation in den westlichen Industriestaaten fällt mit der neoliberalen Transformation der Weltwirtschaft zusammen. Während vor allem weiße schwule Männer Freiheitsgewinne verbuchen, kommt es zu einem entsolidarisierenden Umbau der Gesellschaft, verbunden mit zunehmend rassistischen Politiken im Innern; zugleich dient der «Einsatz für Frauen- und Homorechte» als Begründung für militärische Interventionen im globalen Süden. Dabei waren es schon 1969 in der New Yorker Christopher Street „[S]chwarze und Drag Queens/Transgender of colour aus der Arbeiterklasse“, die den Widerstand gegen heteronormative Ausgrenzung und Gewalt trugen und „sich in Abgrenzung zu weißen Mittelklasse-Schwulen und [-]Lesben ‚queer‘ nannten, lange bevor deren akademische Nachfahren sich diese Identität aneigneten“ (Jin Haritaworn). Doch auch hierzulande sind es die queer People of Color, die aktivistisch wie theoretisch gesamtgesellschaftliche Perspektiven jenseits des gängigen Homonationalismus entwickeln. Hierauf aufbauend diskutieren Voß und Wolter die Veränderungen der Geschlechter- und sexuellen Verhältnisse der Menschen unter zeitlich konkreten kapitalistischen Bedingungen. Buchvorstellung und -diskussion mit Heinz-Jürgen Voß.

Jugendbewegt ins Massengrab

In der deutschen Vorkriegsgesellschaft der Jahre 1910 bis 1914 herrschte eine große Unruhe, die vor allem von jugendlichen Künstlern artikuliert wurde; rückblickend haben Historiker auch vom „Zeitalter der Nervosität“ und von der „nervösen Großmacht“ gesprochen. Unzufriedenheit und Tatendrang konnten sich im August 1914 offenbar optimal verbinden mit den imperialistischen Strebungen einflussreicher Gruppen, etwa des Alldeutschen Verbandes und der Marineführung, die für Deutschland einen „Platz an der Sonne“, Weltgeltung und Kolonialbesitz erstrebten. Daraus resultierte eine Politik der immer größeren Risiken, die den Krieg bewußt einkalkulierte - bis er im August 1914 wirklich ausbrach und alsbald Ausmaße annahm, mit deren Destruktivität niemand gerechnet hatte. Am Ende lagen Millionen im Massengrab. Der Vortrag zeichnet diesen Vorgang aus sozialpsychologischer und kulturhistorischer Perspektive nach.

Vortrag und Diskussion mit Dr. Till Bastian (Arzt und Friedensforscher, Isny)

**Donnerstag, 18. September 2014, 18:00 Uhr
im Kulturtreff Halle-Neustadt, Am Stadion 5,
06122 Halle (Saale)**

**Öffentlich!
Weil's wichtig
für alle ist.**

Linkes Blatt

Impressum:

DIE LINKE Halle, Stadtvorstand
Leitergasse 4
06108 Halle (Saale)
Telefon 0345 / 20 255 90
eMail:

linkesblatt@dielinke-halle.de
Sven Knöchel (v.i.S.d.P)
Herstellung: Eigendruck
Erscheinungsweise: 14 - tändig
Auflage: 400 Exemplare

Spende erbeten

Endredaktion dieser Ausgabe:
24.07.2014
Redaktionsschluss der nächsten
Ausgabe: 28.08.2014

Krieg. Sieg und Befreiung. Aktuelle Wahrnehmungen in Russland zum 2. Weltkrieg

Ausgehend vom 75. Jahrestag des Beginns des Zweiten furchtbaren Weltkrieges im 20. Jahrhundert wird zunächst der Weg in diesen Krieg skizziert und die Stellung der Sowjetunion bis zu ihrem Eintritt umrissen. Der Große Vaterländische Krieg und seine oft unterschiedliche Darstellung und Wertung im heutigen Russland bilden den Schwerpunkt des Vortrages. Verdeutlicht werden die Rolle der UdSSR in der Anti-Hilter-Koalition im Krieg, ihr Anteil am Sieg und ihr Beitrag zur Befreiung vieler Völker Europas und Asiens vom Faschismus und japanischen Militarismus.

Für Russland ist der „Große Vaterländische Krieg“ im Rahmen des Zweiten Weltkriegs das größte Ereignis der vaterländischen Geschichte und zugleich das politisch-historische Streitobjekt der letzten Jahrzehnte. Er war und bleibt eine hervorragende weltgeschichtliche Leistung, die zu würdigen ist.

Vortrag und Diskussion mit Prof. Dr. Horst Schützler

Prof. Dr. Horst Schützler lehrte bis 1992 an der Humboldt-Universität Geschichte der UdSSR. Er ist ein international renommierter Historiker und einer der bedeutendsten Forscher zur Geschichte der Sowjetunion und des Großen Vaterländischen Krieges.

Donnerstag, 28. August 2014, 18:00 Uhr

im Kulturtreff Halle-Neustadt, Am Stadion 5, 06122 Halle (Saale)

Beendet das Schießen und Sterben!

Erklärung des Fraktionsvorsitzenden und der Vorsitzenden der Partei DIE LINKE, Gregor Gysi, Katja Kipping und Bernd Riexinger:

(1) Der Krieg zwischen Israel und Palästina eskaliert weiter. Angesichts von hunderten Toten ist es dringend notwendig, dass jetzt sofort die Waffen schweigen. Jede/r Tote ist ein Toter zu viel. Dem Sterben muss ein Ende bereitet werden. Die Waffen müssen schweigen. Notwendig ist Deeskalation und ein sofortiger Waffenstillstand. Die deutsche Bundesregierung trägt einseitig das Agieren der israelischen Regierung mit. Wir fordern die Bundesregierung auf, auch auf einen sofortigen Waffenstillstand hinzuwirken.

Unabdingbar sind jetzt: Ein Rückzug der israelischen Armee aus dem Gaza-Streifen, ein Ende des israelischen Beschusses der Menschen in Gaza, ein Ende der Raketenangriffe der Hamas auf Israel. Durch die derzeitige Eskalation werden nur die Hardliner beider Seiten gestärkt. Unter der Eskalation leidet die Zivilbevölkerung. Ein Ausstieg aus der Spirale der Gewalt ist notwendig.

(2) Das Grundsatzprogramm der LINKEN hat zum Nah-Ost-Konflikt folgendes formuliert: „Deutschland hat wegen der beispiellosen Verbrechen der Deutschen an den Jüdinnen und Juden während des deutschen Faschismus eine besondere Verantwortung und muss jeder Art von Antisemitismus, Rassismus, Unterdrückung und Krieg entgegenreten. Insbesondere diese Verantwortung verpflichtet auch uns, für

das Existenzrecht Israels einzutreten. Zugleich stehen wir für eine friedliche Beilegung des Nahostkonfliktes im Rahmen einer Zwei-Staaten-Lösung und damit die völkerrechtliche Anerkennung eines eigenständigen und lebensfähigen palästinensischen Staates auf der Basis der Resolutionen der Vereinten Nationen.“ Das ist für das politische Handeln jedes Mitgliedes der LINKEN verbindlich. Unsere Bündnispartner sind all jene, die für eine gerechte Friedenslösung eintreten, d.h. für einen eigenständigen und lebensfähigen palästinensischen Staat neben einem Staat Israel in sicheren Grenzen. Und wir unterstützen die Teile der israelischen und palästinensischen Gesellschaft, die in diesem Sinn für einen gerechten Frieden zwischen ihren Völkern eintreten.

(3) Demonstrationen gegen eskalierende Gewalt sind richtig. Gemeinsames Agieren mit Antisemiten, mit Menschen, die „gegen die Juden“ offen oder unterschwellig agitieren und mit Menschen, die das Existenzrecht Israels in Frage stellen, kommt für uns nicht in Frage. Ebenso lehnen wir jede Form der offenen oder unterschweligen Agitation gegen „die Palästinenser“, „die Araber“ oder „die Muslime“ kategorisch ab. Es ist die Hamas, die Israel mit ihren Raketen beschießt und es ist die israelische Regierung, die die Militäroffensive gestartet hat. Auf beiden Seiten pro-

fitieren Hardliner von der Verstärkung des Konflikts. Leidtragende sind stets die Bevölkerungen auf allen beteiligten Seiten. Angriffe auf und Bedrohungen von Menschen, gewalttätiges Agieren auf, vor und nach Demonstrationen werden von der LINKEN weder gebilligt noch akzeptiert. Vertreterinnen und Vertreter der LINKEN haben schon bisher entsprechend agiert

und werden dies in Zukunft noch deutlicher tun.

DIE LINKE setzt sich für Deeskalation und Verhandlungen unter allen Konfliktparteien und einen sofortigen Stopp aller Kampfhandlungen ein und fordert die Bundesregierung auf entsprechend zu agieren. Rüstungsexporte in die gesamte Region müssen sofort gestoppt werden.

Bundessatzung der Partei DIE LINKE

Im Mittelpunkt der zweiten Tagung des 4. Parteitages der Partei DIE LINKE standen im Mai die Satzungsfragen. Das Linke Blatt veröffentlicht die jetzt geltende Satzung.

Teil 3

§ 9 Gleichstellung

(1) Die Förderung der Gleichstellung der Mitglieder und die Verhinderung jeglicher Art von Diskriminierung bilden ein Grundprinzip des politischen Wirkens der Partei. Jeder direkten oder indirekten Diskriminierung oder Ausgrenzung ist durch alle Parteimitglieder entschieden zu begegnen.

(2) Die Rechte von sozialen, ethnischen und kulturellen Minderheiten in der Mitgliedschaft, insbesondere das Recht auf Selbstbestimmung, sind durch die Vorstände der Partei und der Gebietsverbände besonders zu schützen. Ihre Repräsentanz und Mitwirkung im Meinungs- und Willensbildungsprozess der Partei ist zu fördern.

(3) Der Meinungs- und Willensbildungsprozess in der Partei, ihre Gremienarbeit und ihr öffentliches Wirken ist durch die Vorstände der Partei und der Gebietsverbände so zu gestalten, dass auch Berufstätige, Menschen die Kinder erziehen oder andere Menschen pflegen, Menschen mit sehr geringem Einkommen und Menschen mit Behinderung umfassend und gleichberechtigt daran mitwirken können.

(4) Für alle politischen Veranstaltungen und Gremien auf Bundesebene wird eine qualifizierte Kinderbetreuung angeboten. Das Angebot besteht unabhängig von der Anzahl der angemeldeten Kinder. Die Kosten übernimmt die Bundespartei in vollem Umfang.

§ 10 Geschlechterdemokratie

(1) Die politische Willensbildung der Frauen in der Partei ist aktiv zu fördern. Es ist Ziel der Partei, dass Frauen weder diskriminiert noch in ihrer politischen Arbeit behindert werden. Frauen haben das Recht, innerhalb der Partei eigene Strukturen aufzubauen und Frauenplenar einzuberufen.

(2) In allen Versammlungen und Gremien der Partei sprechen, unter der Voraussetzung entsprechender Wortmeldungen, Frauen und Männer abwechselnd. Redelisten werden getrennt geführt.

(3) In allen Versammlungen und Gremien der Partei wird auf Antrag von mindestens einem Viertel der stimmberechtigten Frauen ein die Versammlung unterbrechendes Frauenplenum durchgeführt. Über einen in diesem Frauenplenum abgelehnten Beschluss oder Beschlussvorschlag kann erst nach erneuter Beratung der gesamten Versammlung bzw. des gesamten Gremiums abschließend entschieden werden.

(4) Bei Wahlen von Vorständen, Kommissionen, Arbeitsgremien und Delegierten sind grundsätzlich mindestens zur Hälfte Frauen zu wählen. Ist dies nicht möglich, bleiben die den Frauen vorbehaltenen Mandate unbesetzt, eine Nachwahl ist jederzeit möglich. Kreis- und Ortsverbände, deren Frauenanteil bei weniger als einem Viertel liegt, können im Einzelfall Ausnahmen beschließen. Dabei darf die Quote als so beschlossene Ausnahme jedoch nicht unter dem Frauenanteil des jeweiligen Kreis- oder Ortsverbandes zum Stichtag des 31. Dezember des letzten Jahres liegen.

(5) Bei der Aufstellung von Wahlbewerberinnen und Wahlbewerbern für Parlamente und kommunale Vertretungskörperschaften ist auf einen mindestens hälftigen Frauenanteil in der Fraktion bzw. in der Abgeordnetengruppe hinzuwirken. Bei Wahlvorschlaglisten sind einer der beiden ersten Listenplätze und im Folgenden die ungeraden Listenplätze Frauen vorbehalten, soweit Bewerberinnen zur Verfügung stehen. Hiervon unberührt bleibt die Möglichkeit der Versammlung, einzelne Bewerberinnen abzulehnen. Reine Frauenlisten sind möglich.

§ 11 Der Jugendverband der Partei

(1) Auf Basis nachfolgender Grundsätze ist Linksjugend [‘solid] als parteinaher Jugendverband die Jugendorganisation der Partei. DIE LINKE. Sozialistisch-demokratischer Studierendenverband (DIE LINKE. SDS) ist der parteinahe Hochschulverband.

(2) Alle Mitglieder der Partei bis zur Altersgrenze des

Jugendverbandes sind passive Mitglieder des Jugendverbandes, sofern sie dem nicht widersprechen. Sie werden über die Aktivitäten des Jugendverbandes informiert und zu seinen Versammlungen eingeladen. Sie werden als aktive Mitglieder geführt, sobald sie sich in Textform beim Jugendverband gemeldet haben. Die Aktivierung der Mitgliedschaft kann nur im Rahmen eines ordentlichen Schiedsverfahrens des Jugendverbandes in Frage gestellt werden.

(3) Die Mitgliedschaft im Jugendverband ist nicht an die Mitgliedschaft der Partei gebunden.

(4) Die Partei unterstützt das politische Wirken des Jugendverbandes und orientiert Jugendliche auf die Mitgliedschaft im Jugendverband. Der Jugendverband unterstützt im Rahmen seiner Eigenständigkeit das politische Wirken der Partei.

(5) Der Jugendverband gibt sich auf der Basis der programmatischen Grundsätze und der den Jugendverband betreffenden Bestimmungen in dieser Bundessatzung der Partei ein Programm und eine eigene Satzung, er gestaltet eigenständig seine Arbeit. Der Jugendverband informiert die Partei über seine Aktivitäten.

(6) Der Jugendverband erhält entsprechend seiner Mitgliederzahl im Rahmen des Finanzplanes finanzielle Mittel für seine Arbeit. Über die Verwendung der Mittel hat er der Partei Rechenschaft abzulegen.

(7) Der Jugendverband der Partei hat Antragsrecht in allen Organen der Partei und der Gebietsverbände, in denen er organisiert ist. Der Jugendverband wählt Delegierte zum Parteitag und entsendet zwei Mitglieder in den Bundesausschuss. Diese haben in diesen Gremien unabhängig von der Parteimitgliedschaft Stimmrecht und das aktive Wahlrecht. Soweit der Jugendverband Delegierte auf anderen Ebenen entsendet, haben diese ebenfalls unabhängig von der Parteimitgliedschaft Stimmrecht und aktives Wahlrecht.

(8) Die Absätze 2 bis 7 gelten für den parteinahen Studierendenverband DIE LINKE. Sozialistisch-demokratischer Studierendenverband (DIE LINKE. SDS) entsprechend. Dieser ist Bestandteil des Jugendverbandes.

3. Die Gliederung der Partei

§ 12 Landesverbände

(1) Die Partei gliedert sich in Landesverbände. Die Gliederung entspricht der föderalen Länderstruktur der Bundesrepublik Deutschland. Innerhalb der staatsrechtlichen Grenzen eines Landes gibt es nur einen

Landesverband.

(2) Landesverbände führen den Namen: DIE LINKE. Landesverband [Ländername].

(3) Organe eines Landesverbandes sind mindestens der Landesparteitag und der Landesvorstand. Landesparteitage sind als Delegiertenversammlungen durchzuführen. Die Landessatzung kann weitere Organe vorsehen. Die Landesvorsitzenden vertreten die Landesverbände gerichtlich und außergerichtlich und können für Rechtsgeschäfte Vollmachten erteilen.

(4) Die Landesverbände entwickeln im Rahmen des Parteiprogramms eine ihren regionalen Bedingungen entsprechende Programmatik.

(5) Die Landesverbände regeln im Rahmen der Bundessatzung ihre Angelegenheiten durch eigene Satzungen.

(6) Wenn Landesverbände in ihren Beschlüssen und ihrem politischen Wirken erheblich und fortgesetzt gegen die Grundsätze des Programms, der Satzung oder Grundsatzbeschlüsse der Partei verstoßen, können diese Landesverbände oder einzelne ihrer Organe durch Beschluss des Parteitages aufgelöst werden. Der Auflösungsbeschluss bedarf einer satzungsändernden Mehrheit. Dieser Beschluss muss auch das weitere Verfahren zur demokratischen Neukonstituierung regeln. Die Parteimitgliedschaft des einzelnen Mitgliedes bleibt davon unberührt.

(7) Gegen einen Auflösungsbeschluss nach Absatz 6 besteht ein Widerspruchsrecht bei der Bundesschiedskommission. Bis zur abschließenden Entscheidung ist die Geschäftsfähigkeit des Landesverbandes ausgesetzt.

§ 13 Kreisverbände

(1) Die Landesverbände gliedern sich in Kreisverbände.

(2) Der Kreisverband kann die Mitglieder in einem Landkreis, in einer kreisfreien Stadt oder in mehreren territorial verbundenen Landkreisen und kreisfreien Städten umfassen. Abweichende Regelungen müssen in der Landessatzung des zuständigen Landesverbandes verankert sein. Soweit die entsprechenden Voraussetzungen vorliegen, können statt Kreisverband auch die Begriffe Stadtverband und Bezirksverband gewählt werden.

(3) Über die Bildung, Abgrenzung, Auflösung und Zusammenlegung von Kreisverbänden entscheidet ein von der Landessatzung dafür vorgesehenes Organ im Einvernehmen mit den betroffenen Kreisverbänden. Kann kein Einvernehmen erzielt werden entscheidet darüber ein Landesparteitag. Der Parteivorstand ist

über die Struktur des Landesverbandes zu informieren.

(4) Der Parteivorstand kann Kreisverbände im Ausland bilden und diese einem Landesverband mit dessen Zustimmung zuordnen.

(5) Organe eines Kreisverbandes sind mindestens der Kreisparteitag und der Kreisvorstand. Kreisparteitage können als Mitglieder- oder Delegiertenversammlungen durchgeführt werden. Es können weitere Organe bestehen.

(6) Die Kreisverbände sind zuständig für alle politischen und organisatorischen Aufgaben ihres Bereiches, sofern durch diese Satzung oder durch die Landessatzung keine andere Zuständigkeit bestimmt wird.

(7) Kreisverbände sind die kleinsten Gebietsverbände mit selbständiger Kassenführung und eigener Finanzplanung.

(8) Kreisverbände haben das Recht, sich weiter in nachgeordnete Gebietsverbände im Sinne von § 7 Parteiengesetz zu gliedern (Ortsverbände). Zur Bil-

dung von Ortsverbänden ist ein Beschluss des Kreisvorstandes oder des Kreisparteitages notwendig.

(9) Innerhalb eines Kreisverbandes können Basisgruppen/Basisorganisationen frei gebildet werden. Näheres regeln die Kreisverbände. Basisgruppen im Ausland können mit Zustimmung des Parteivorstandes gebildet werden, sie sind einem Kreisverband zuzuordnen.

(10) Kreisverbände können sich durch Beschluss des Kreisparteitages im Rahmen der Bundes- und Landessatzung eine eigene Satzung geben. Satzungsbestimmungen, die der Bundes- oder der Landessatzung widersprechen, sind unwirksam.

(11) Wenn Kreisverbände in ihren Beschlüssen und ihrem politischen Wirken erheblich und fortgesetzt gegen die Grundsätze des Programms, der Satzung oder Grundsatzbeschlüsse der Partei verstoßen, können sie oder einzelne ihrer Organe durch Beschluss des Landesparteitages aufgelöst werden. § 12 Absätze 6 und 7 gelten entsprechend. Über Widersprüche entscheidet die Landesschiedskommission.

In Berlin – und (H)alle dabei [6]

von Petra Sitte

Ich möchte wirklich nicht zitieren, was in den letzten Tagen und Wochen so alles geschrieben wurde über das angebliche „Roma-Problem“ in der Silberhöhe. Zu diffamierend, offen rassistisch und menschenverachtend waren diverse Kommentare vor allem in den sozialen Netzwerken. Mit den „Roma raus“-Schmierereien inkl. NS-Symbolik ist nur ein weiterer Tiefpunkt in einer Hetzkampagne erreicht, die auf zahlreichen Vorurteilen und Ressentiments aufbauen kann. Um es klar zu sagen: Antiziganismus darf wie jeglicher Rassismus nicht akzeptiert werden und ruft, nein: schreit, nach entschiedener Intervention. Das gilt gleichermaßen individuell wie institutionell, auf lokaler und regionaler Ebene genauso wie im Bund. Unsere Landtagsabgeordnete Henriette Quade und unsere Stadträtin Ute Haupt haben es in einer gemeinsamen Presseerklärung schon deutlich gemacht: Bund, Land und Kommune sind gemeinsam in der Pflicht!

Auf der Bundesebene betrifft die politische Verantwortung auch den politischen Diskurs, die öffentlichen Debatten, die über Roma, Sinti und andere Minderheiten stattfinden. „Über“ trifft es hier sehr genau – selten einmal wird tatsächlich mit den Gemeinten gesprochen. Die Äußerungen vieler PolitikerInnen über Sinti und Roma sind dagegen an Menschenverachtung oft kaum von denen zu unterscheiden, die jetzt

völlig zu Recht skandalisiert werden. So wollte der damalige Innenminister Friedrich sie „aufgreifen und ohne großes Federlesen wieder rausschmeißen“. Solche verbalen Entgleisungen liefern Vorlagen (wenn auch keine Entschuldigungen!!!) für Hetze und Diskriminierung.

Dass diese Äußerungen keine Ausrutscher sind, wird bei Betrachtung der konkreten Bundespolitik deutlich. Das Komitee für Grundrechte und Demokratie prangerte nicht grundlos an, dass sich der Koalitionsvertrag von CDU, CSU und SPD offensiv gegen Roma richtet. So sollen aktuell Serbien, Mazedonien und Bosnien-Herzegowina als „sichere Herkunftsländer“ eingestuft werden – ungeachtet der zum Teil katastrophalen Lebensumstände der dortigen Sinti, Roma und anderer Gruppen. All jene, die vor Perspektivlosigkeit, Diskriminierung und phasenweise pogromartiger Hetze aus diesen Ländern nach Deutschland fliehen (und das sind hauptsächlich Sinti und Roma), setzen wir dann einfach wieder vor die Tür. Ganz so, wie CSU-Friedrich das wollte.

Die jetzt in der Silberhöhe ansässigen Roma dagegen sind davon offenbar gar nicht betroffen: Als EU-Bürger*innen profitieren sie von der Freizügigkeit, innerhalb der EU leben und arbeiten zu dürfen und können – zum Glück – nicht einfach abgeschoben

werden. Die aktuelle Bundespolitik sorgt dennoch dafür, dass sie Bürgerinnen und Bürger zweiter Klasse bleiben. Einen Anspruch auf Sozialleistungen wie Hartz IV, Wohngeld oder Kindergeld haben sie nämlich nicht generell. Das bedeutet nicht nur ein Festschreiben ihrer sozialen Lage für den Moment, sondern eine dauerhafte Ausgrenzung, die institutionell weiter gefördert wird. Um nur ein Beispiel zu nennen: Die Auszahlung von Mitteln aus dem Bundesprogramm „Bildung und Teilhabe“ ist daran geknüpft, dass die Eltern auf Sozialleistungen (Kinderzuschlag) angewiesen sind. Schließt man die Eltern – wie aktuell die nach Deutschland ziehenden Roma – von den Sozial-

leistungen aus, können auch die Kinder nicht an „Bildung und Teilhabe“ partizipieren. Das Ziel der Förderung der Chancengleichheit der Kinder und Jugendlichen wird also schon im Ansatz verfehlt.

Hier zeigt sich in aller Deutlichkeit: Nicht die Roma sind das Problem, sondern einerseits von Politikern geschürte Vorurteile. Andererseits aber eben auch der unsolidarische und unsoziale Umgang mit Sinti, Roma und anderen Migrant*innen durch die bundesdeutsche Politik. Der Bund ist gemeinsam mit den Ländern und den Kommunen in der Pflicht, sich den Nöten und Problemen dieser Menschen anzunehmen – und sie nicht länger als „Problem“ zu betrachten!

Höchste Zeit für linke Politik

Bundesgeschäftsführer und Wahlkampfleiter Matthias Höhn meldet sich mit seiner Kolumne pünktlich zum Landtagswahlkampf in Sachsen, Brandenburg und Thüringen zurück.

Herzlich Willkommen zurück, liebe Leserinnen und Leser. Gerade hat sich der Bundestag nach einer Woche voller weitreichender Entscheidungen in die Sommerfrische verabschiedet, in den ersten Bundesländern heißt es „School is out“ und die Wassertemperaturen an den Badeseen steigen – Grund genug eigentlich für mich, die Politik auch mal Politik sein zu lassen.

Nur eben: die Welt dreht sich weiter, Krisen bleiben, Chancen bleiben – oder neue entstehen, bieten sich. Deshalb werde ich mich in der Sommerpause bis nach den Landtagswahlen in Sachsen, Brandenburg und Thüringen hin und wieder themenbezogen zu Wort melden.

Krisen, Chancen und Landtagswahlen – gleich drei Schlagworte, die ich im Folgenden zusammenbringen kann. Am vergangenen Wochenende traf sich der neugewählte Parteivorstand in Dresden zu einer Klausur – zwei Tage, um die vergangenen Wahlen genau auszuwerten, um sich über Vorhaben der kommenden Monate zu verständigen, zwei Tage, um einander kennenzulernen und Pläne zu schmieden.

Denn: wir haben keine Zeit zu verlieren. Kurz können und dürfen wir innehalten und feststellen, dass die Verabschiedung des gesetzlichen Mindestlohnes in der vergangenen Woche im Bundestag das (vorläufige) Ende eines langen Prozesses war, den WIR vor Jahren angeschoben haben. Unter der Drucksache 14/8921 stellte die PDS-Fraktion am 25. April 2002 erstmalig die Einführung eines Mindestlohns im Bundestag zur Abstimmung. Nun wird er Realität. Vorläufig ist dieses Ende natürlich, weil es nicht zuletzt auch

(wieder) auf uns ankommen wird, die Ausnahmen beim Mindestlohn zu überwinden und eine Höhe durchzusetzen, die wirksam vor Armut schützt. Aber: dass es überhaupt einen gesetzlichen Mindestlohn geben wird, ist ein großer Erfolg für unsere Partei und die Linken in Deutschland insgesamt.

Dadurch werden jedoch unsere Baustellen nicht weniger. Große gesellschaftliche Probleme bestehen fort. Zwar haben Union und SPD unverändert relativ hohe Zustimmungswerte in den Umfragen. Doch für Vieles hat die Große Koalition keine Lösung: Unsichere, befristete Arbeitsverhältnisse, sinkendes Rentenniveau, Armut vor allem unter Kindern und im Alter, kaum bezahlbare Wohnungen, Situation der Erwerbslosen, leere öffentliche Kassen und oft desolater Zustand der Infrastruktur und Daseinsvorsorge, gleichzeitig werden die Reichen geschont. All das bleibt liegen bei Merkel und Gabriel. Doch wir machen weiter. Mit unserer Sicht auf die Dinge zu punkten, mit unseren Ideen und Kampagnen neue Wege aufzuzeigen. Es ist möglich – am besten beginnen wir gleich nach unseren Ferien.

Am 31. August macht Sachsen den Anfang. Am 14. September wählen Brandenburg und Thüringen. In Brandenburg wollen wir die erfolgreiche Arbeit in der Regierung fortsetzen. Vieles wurde erreicht: bei den Kitas, beim Personal im öffentlichen Dienst, beim Vergabegesetz (Mindestlohn), mit einem Programm für öffentlich geförderte Beschäftigung, in der Bildung und bei den Finanzen – besonders der Kommunen.

In Sachsen geht es darum, die CDU nach einem Vierteljahrhundert von der Regierung abzulösen. In

Thüringen wollen wir mit Bodo Ramelow als erstem LINKEN Ministerpräsidenten die Regierung führen. In beiden Fällen wollen wir einen echten Politikwechsel für mehr soziale Gerechtigkeit. Und: Mit linken Regierungen im Osten wollen wir ein Gegengewicht zur Merkel-Koalition aufbauen, die politischen

und gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse nach links verschieben.

Und die Chancen stehen nicht schlecht – kein Grund leiser zu werden. Nur wenn wir stark werden, können wir die politische Lähmung überwinden. Es ist höchste Zeit für linke Politik!

Italien und Frankreich unter der Knute

Michael Schlecht, MdB, wirtschaftspolitischer Sprecher DIE LINKE

Wirtschaftsminister Sigmar Gabriel schlägt vor, den Stabilitätspakt „flexibler“ zu handhaben. Länder sollen mehr Zeit zum Schuldenabbau erhalten. Das klingt zunächst gut. Doch bei genauerem Hinschauen wird klar: Gabriel will per Stabilitätspakt bloß den Druck auf Frankreich und Italien erhöhen, Reformen à la Agenda 2010 durchzusetzen.

Die italienische und die französische Regierung fordern mehr Flexibilität bei der Auslegung des Europäischen Stabilitäts- und Wachstumspakts. „Alle Spielräume“ des Pakts sollen genutzt werden, um ein „großes Investitionsprogramm“ in Europa zu starten, so Frankreichs Präsident Francois Hollande. Schützenhilfe erhalten sie von SPD-Wirtschaftsminister Gabriel: Defizit-Sündern müsse mehr Zeit zum Schuldenabbau zugestanden werden, sagte er.

Tatsächlich lässt der Stabi-Pakt heute schon einiges an Flexibilität zu. So wurden Frankreich zwei Extra-Jahre zugestanden, um seine Neuverschuldung vorschriftsgemäß zu senken. Insofern fordert Gabriel bloß das, was längst Praxis ist. Mehr – leider - nicht. Wichtiger aber ist die Begründung des Wirtschaftsministers für seinen Vorstoß: Die Flexibilität beim Sparen sollen nur jene Länder erhalten, die „Reformen“ umsetzen. Und was er damit meint, stellt er auch noch klar: „Echte Reformen gegen mehr Zeit beim Defizitabbau – dass eine solche Formel große Erfolge hervorbringen kann, zeigt die Agenda 2010 in Deutschland.“

Was von Frankreich und Italien gefordert wird, zeigt das Lob, das der Agenda 2010 gezollt wird: Sie „brachte neue Flexibilität, verschob das Machtgleichgewicht zu Gunsten der Arbeitgeber und brachte eine lange Periode der Lohnmoderation“, wirbt die Investmentbank Berenberg.

Tatsächlich hat insbesondere Frankreich ein Problem: Seine Firmen verlieren Weltmarktanteile. Frankreich bilanziert wachsende Defizite im Außenhandel: Zum Start der Währungsunion verzeichnete es noch einen Leistungsbilanzüberschuss von 2,6 Prozent der Wirtschaftsleistung, derzeit steht ein Minus von zwei

Prozent zu Buche. Das hängt durchaus mit der Agenda 2010 zusammen! Durch die deutsche Lohndrücker-Politik wurden die deutschen Exportwaren billiger, gleichzeitig fehlte das Geld für Importe. Ergebnis waren die deutschen Exportüberschüsse auf der einen Seite. Die andere Seite der Medaille waren die Defizite – nicht nur in Frankreich, sondern auch in Italien, Griechenland, Portugal, Spanien... Diese Defizite waren letztlich der Grund für die Euro-Schuldenkrise.

Gabriel und der Rest der Regierungsmannschaft sieht das anders: Für sie ist Deutschland schuldlos, die Probleme der Südeuropäer dagegen sind hausgemacht. Sie sollen sich jetzt reformieren, nach dem Vorbild Deutschlands. Griechenland, Spanien und Portugal sind schon mit Arbeitsmarktreformen vorgeprescht. Ergebnis: Zwischen 2010 und 2013 sanken die realen Löhne in Griechenland um 24 Prozent, in Portugal um acht und in Spanien um sieben Prozent. Das Ergebnis ist Deflation.

Die durch deutschen Druck verbilligten Spanier und Portugiesen werden nun zu harten Wettbewerbern für Frankreich und Italien. Die sollen sich nun dem Europa-weiten Wettlauf nach unten anschließen. Als „Belohnung“ verspricht ihnen der SPD-Wirtschaftsminister ein bisschen mehr Zeit beim Schuldenabbau. Aber nur, wenn sie ihre Arbeitnehmer ärmer machen, sonst nicht: „Es reicht nicht, Reformen nur anzukündigen“, drohte Gabriel. „Nur wenn sie wie in Deutschland auch durchgezogen werden, gibt der Stabilitätspakt Flexibilität.“

Ein „großes Investitionsprogramm“, wie es Gabriel gemeinsam mit den anderen sozialdemokratischen EU-Regierungschefs fordert, ist zwar nicht schlecht, wird das Problem der Euro-Zone aber auch nicht lösen. Denn mehr Investitionen gerade im Energiebereich laufen nur auf ein Förderprogramm für den Investitionsgüter-Exportchampion Deutschland hinaus. Um der Euro-Zone ein stabiles Fundament zu geben, braucht es letztlich höhere Löhne und höhere Nachfrage in Deutschland und damit ein Ausgleich der Außenhandelsungleichgewichte.